■ CHRISTINE VON OERTZEN

50 Jahre Rückblick 1968: Ein Eklat ohne Folgen

Jubiläen haben ihre Zeit und ihren Ort. Ob und wie sie gefeiert werden, verrät uns mehr über den gesellschaftlichen Kontext, in dem sie stattfinden, als über die Ereignisse selbst, derer gedacht werden soll. Zu welchen Unannehmlichkeiten und Konsequenzen ein feierlicher historischer Rückblick führen kann, möchte ich im Folgenden am Beispiel eines 50-jährigen Jubiläums vorführen, das 1968 in Karlsruhe begangen wurde. Es handelt sich um den 50. Geburtstag der International Federation of University Women (IFUW), einer Organisation, die 1918/19 im Umfeld des Völkerbundes in London gegründet worden war und es sich zur Aufgabe gemacht hatte, Akademikerinnen und Wissenschaftlerinnen weltweit zu einer transnationalen, kosmopolitischen weiblichen Bildungselite zusammenzuschmieden. Ein Deutscher Akademikerinnenbund (DAB) war der IFUW 1926 beigetreten und für zehn Jahre, bis zu seinem Austritt und der anschließenden Auflösung, Mitglied des internationalen Netzwerks gewesen. Nach seiner Wiedergründung 1949 war dem DAB zwei Jahre später der Wiedereintritt in die IFUW geglückt. Die Deutschen Akademikerinnen waren 1968 erstmals Ausrichterinnen der in dreijährigem Turnus stattfindenden großen internationalen Mitgliederversammlung der IFUW. Die Mitgliederversammlung im Sommer 1968 fiel mit dem 50-jährigen Bestehen der internationalen Organisation zusammen. Die Jubiläumsfeier fand auf deutschem Boden statt, aber sie bezog sich nicht in erster Linie auf deutsche, sondern ebenso auf britische, amerikanische und französische Erinnerungskontexte. Wie diese 1968 mit westdeutschen Befindlichkeiten und der Vergangenheitsbewältigung durch deutsche Akademikerinnen kollidierten, möchte ich im Folgenden darlegen.

Gemeinsame Vergangenheit: Die IFUW und Deutschland, 1918-1945

Die IFUW und der DAB standen von Beginn an in einem spannungsreichen Verhältnis. Die IFUW war eine angloamerikanische Initiative, die in den letzten Monaten des Ersten Weltkriegs im Rahmen einer neuartigen interalliierten Bildungspolitik entstanden war. Diese Bildungspolitik zielte darauf ab, den akademischen Austausch zwischen England, Frankreich und den USA zu intensivieren. Einerseits sollten damit die Ressourcen und Vernetzungen unter den Alliierten gestärkt werden; andererseits ging es darum, die engen Verbindungen zwischen den Universitäten des Deutschen Reichs und den USA zu kappen: Amerikanische Nachwuchswissenschaftler sollten in Zukunft nicht mehr in Deutschland, sondern in den verbündeten europäischen Nachbarländern ihren Titel erwerben. Die

Zur Geschichte der IFUW vgl. Christine von Oertzen, Völkerverständigung durch akademische Vernetzung: Die International Federation of University Women, 1919–1945, in: Anja Schüler u.a. (Hg.), Kommunikation, Mobilität, Netzwerke. Die internationale Dimension der Frauenbewegung, Berlin 2007, S. 323–344. Eine Monographie mit dem Titel »Weiblichkeit, Wissen13



IFUW trat zunächst an, die mit dieser Politik für weibliche Doktoranden verbundenen Probleme zu thematisieren, die insbesondere an den britischen Elitehochschulen nach wie vor keinen Abschluss machen konnten. Erst im Zuge der Versailler Friedensverhandlungen und der Gründung des Völkerbundes öffnete sich die IFUW einem Internationalismus, der für die

weibliche akademische Elite insgesamt eintreten wollte und schrittweise auch die ehemaligen Kriegsgegner mit einschloss. Es dauerte bis in die Mitte der 1920er Jahre, bis die deutschen Akademikerinnen ihrerseits bereit waren, sich zu einer fakultäts- und berufsübergreifenden Organisation zusammenzuschließen und einer internationalen Vereinigung unter anglo-amerikanischer Dominanz beizutreten.

Die IFUW hatte den deutschen Akademikerinnen viel zu bieten: Der Organisation gelang es trotz der in Europa wirtschaftlich so bedrängten Lage, großzügige internationale Gästehäuser in Paris und London zu eröffnen, die jeweils 50 reisenden Akademikerinnen und Wissenschaftlerinnen Unterkunft, billige und gute Küche, Bibliothek, Clubräume und Garten inmitten der westeuropäischen Metropolen zur Verfügung stellten. Darüber hinaus schrieb die IFUW ab 1922 jährlich mehrere höchst begehrte internationale Forschungsstipendien für Frauen aus, auf die sich Mitglieder aller Nationalverbände bewerben konnten. Vor allem aber regte die IFUW die deutschen Akademikerinnen dazu an, nach dem Beispiel des internationalen Netzwerks auch in Deutschland durch den überfakultativen Zusammenschluss aller Hochschulabsolventinnen Generationen übergreifende akademische Vernetzungsstrukturen zu schaffen. Diese sollten die Solidarität zwischen älteren berufstätigen Akademikerinnen und dem weiblichen akademischen Nachwuchs stärken und den Grundstein für die Verankerung einer weiblichen akademischen Tradition legen. Ohne eine solche sahen vor allem in der Frauenbewegung aktive Akademikerinnen während der frühen Weimarer Republik die Errungenschaften des Frauenstudiums existenziell bedroht.

Der Deutsche Akademikerinnenbund (DAB) wurde 1926 als Dachverband aller weiblichen akademischen Berufsverbände Deutschlands gegründet. Er fasste knapp 4.000 Akademikerinnen in Universität, Wissenschaft, Schule, Politik und akademischen Berufen zusammen. Innerhalb der IFUW stellte der DAB hinter den Amerikanerinnen den zweitgrößten Mitgliedsverband und mit Abstand die meisten promovierten Frauen. Über den Status des DAB innerhalb der IFUW entbrannten jedoch lebhafte Auseinandersetzungen, die sich in der so genannten »Sprachenfrage« niederschlugen: ob Deutsch neben Englisch und Französisch als dritte internationale Konferenzsprache zu akzeptieren sei oder nicht. Die Deutschen konnten sich auf der Mitgliederversammlung der IFUW in Edinburgh 1932 mit ihrem Anliegen durchsetzen. Sie versuchten, die vollständige Integration in die internationale weibliche akademische *community* durch eine Einladung der folgenden IFUW-Mitgliederversammlung im Sommer 1936 nach Berlin voranzutreiben.

Dazu kam es jedoch nicht mehr. Denn dem Machtantritt der Nationalsozialisten folgten ab Mai 1933 die schrittweise Gleichschaltung des DAB, im Januar 1936 sein Austritt aus der IFUW und unmittelbar darauf seine Auflösung. Zwar bedeutete dies nicht, dass weibliche akademische Vernetzungsinitiativen von Frauen im Nationalsozialismus völlig zum Erliegen kamen; sie fanden allerdings nunmehr ganz unter der Regie des nationalsozialistischen Deutschen Frauenwerks statt.

Die Gleichschaltung des DAB wurde in der unmittelbaren Nachkriegszeit in Deutschland noch reflektiert, erfuhr aber nach der Neugründung des DAB im Jahr 1949 eine gravierende Umschreibung. Im Laufe der 1950er Jahre setzte sich bei den deutschen Mitgliedern die Sprachregelung durch, der DAB habe sich 1933 selbst aufgelöst, um der Gleichschaltung zu entgehen. Erst das Karlsruher Jubiläum der IFUW im Jahr 1968 korrigierte diese Deutung der Vergangenheit.

Rückblick: Karlsruhe 1968

Noch nie zuvor hatte ein Treffen der IFUW in Deutschland stattgefunden, zumal die für 1936 in Berlin geplante Versammlung ins polnische Krakau verlegt worden war. Dass der Weltvorstand der IFUW 1968 die Einladung nach Deutschland angenommen hatte, erfüllte die westdeutschen Akademikerinnen mit Genugtuung. Man erhoffte sich von der prestigeträchtigen Veranstaltung endlich die restlose Überwindung noch bestehender Ressentiments gegenüber dem DAB. Dass die historische Zusammenkunft in Karlsruhe mit der festlichen Begehung des 50-jährigen Bestehens der IFUW zusammenfallen würde, verlieh dem Ereignis zusätzliche Bedeutung.

Der historische Festakt fand am Abend des ersten Konferenztages in der Karlsruher Stadthalle in Anwesenheit etlicher öffentlicher Würdenträger statt. Als erste Rednerin hatte die Engländerin Margret Bowie das Wort.² Die Juristin hatte sich seit den 1920er Jahren aktiv in der IFUW engagiert, war von 1936 bis 1947 Schatzmeisterin und anschließend bis 1950 erste Vize-Präsidentin gewesen. Vor und während des Krieges hatte sie sich sehr für die Funktionsfähigkeit des internationalen Verbandes eingesetzt. Zur Überraschung des deutschen Publikums beschränkte sich Bowie in ihrer Rede nicht auf Höflichkeiten, sondern widmete einen guten Teil ihrer Würdigung den 1930er und 1940er Jahren, in denen die IFUW dezidiert auf die nationalsozialistische Ausgrenzungs- und Verfolgungspolitik reagiert und sich für weibliche akademische Flüchtlinge engagiert hatte. Insbesondere kam Bowie auf das Council-Treffen der IFUW in Budapest von 1934 zu sprechen, zu dem auch die frisch bestallte nationalsozialistische Vorsitzende des DAB angereist war. In Absprache mit dem Deutschen Frauenwerk war sie mit dem Auftrag nach Budapest gefahren auszuloten, auf welche Weise die Mitgliedschaft des DAB in der IFUW trotz seiner »Unterstellung unter das Führerprinzip« erhalten werden könnte. Ausführlich schilderte Bowie das Auftreten der nationalsozialistischen DAB-Vorsitzenden in Budapest. Aus der Sicht vieler Vorstandsmitglieder war das Treffen in Budapest ein dramatisches politisches Ereignis gewesen. Der Vorstand sah sich herausgefordert und zur Verabschiedung einer Resolution

2 IFUW, Report of the 52nd and 53rd Councils, August 1968 (IFUW Bulletin), Karlsruhe 1968, S. 59–60.

15



veranlasst, die den Ausschluss von Mitgliedern aus rassischen, religiösen oder politischen Motiven untersagte.³

Bowie löste mit ihrer Rede bei den deutschen Gastgeberinnen heftige und ungläubige Irritationen aus. Besondere Empörung erzeugte ihre Bemerkung, die NS-Vor-

sitzende habe unter der Hand versucht, das Verbleiben des DAB in der IFUW mit dem Versprechen zu erreichen, erkleckliche Beiträge aus der deutschen Staatskasse für den Stipendienfonds der IFUW bereitzustellen. Auf diesen Handel hatte sich Bowie zufolge der IFUW-Vorstand jedoch nicht eingelassen. Er habe im Gegenteil die genannte Resolution verabschiedet, die letztlich in einer Satzungsänderung resultierte: Kein nationaler Verband der IFUW dürfe seine Mitglieder aus rassischen, politischen oder religiösen Gründen die Aufnahme versagen. Der DAB sei daraufhin – so Bowie – aus der IFUW ausgeschlossen worden.

Wäre es 1934 nach dem Willen der Engländerinnen gegangen, hätte die IFUW eine solche Entscheidung mit großer Wahrscheinlichkeit tatsächlich gefällt. De facto jedoch war ein solcher Schritt in Budapest nicht durchsetzbar gewesen. Zwar wurde die Resolution verabschiedet; der Ausschluss des DAB aus der IFUW fand allerdings nicht statt, die Deutschen erklärten ihren Austritt vielmehr im Frühjahr 1936 selbst. Bowies Deutung der Vergangenheit betonte die Wichtigkeit der Budapester Resolution, mit der die IFUW 1934 deutlich und als eine der wenigen internationalen Organisationen gegen die Politik des NS-Regimes Stellung bezogen hatte. Aus britischer Sicht war es daher nachvollziehbar, anlässlich des Festaktes zum 50-jährigen Bestehen der Organisation auf diese Resolution einzugehen, die allerdings erst 1939 zu einer Satzungsänderung führte.

Die deutschen Akademikerinnen nahmen Bowies Rede in Karlsruhe als große Demütigung wahr. Vor allem bei denjenigen, die zum ersten Mal an einer Konferenz der IFUW teilnahmen, lösten die Worte der Engländerin Empörung und »Verbitterung« aus. Diese Empörung hatte allerdings nichts damit zu tun, dass Bowie den Verlauf der Ereignisse zwischen 1934 und 1936 eigenwillig zusammengezogen und damit der Budapester Resolution unmittelbare Wirkungskraft zugeschrieben hatte. Die im internationalen Umgang erfahrenen deutschen Funktionärinnen waren im Gegenteil schockiert, ausgerechnet bei einer Festrede mit Details über die Vergangenheit des Bundes konfrontiert zu werden, die »uns unbekannt sind und die uns, was die Selbstauflösung des DAB betrifft, ganz anders von den damaligen Mitgliedern, die inzwischen zum großen Teil verstorben sind, erzählt worden ist«.4 Bowie, die innerhalb der IFUW den Ruf genoss, sich gelegentlich über diplomatische

- 3 In der englischen Originalfassung lautete die Resolution: »No Federation shall be admitted or retained as a member of the IFUW which debars qualified university women from membership by reason of their race, religion, or political opinions.« Revision of the Constitution (Art. II, Membership of National Associations). IFUW, Report of the Nineteenth Council Meeting, Budapest 1934, S. 37–38.
- 4 Eine Akte mit dem Titel »Zwischenfall Bowie« befindet sich im Nachlass der Freiburger Biologin Magda Staudinger (1902–1992). Ich danke Isolde Tröndle-Weintritt für die Einsicht in diese

Gepflogenheiten hinwegzusetzen und »Porzellan zu zerschlagen«,⁵ zeigte sich zudem nicht gewillt, die Deutschen nach ihrer Rede darüber aufzuklären, woher sie ihr Wissen bezog. Ihre Bemerkungen beruhten auf persönlichen Erinnerungen an die Budapester Sitzung. Details, wie etwa die Namen der deutschen Delegierten in Budapest, wusste auch sie nicht zu benennen.

Erzürnte deutsche Teilnehmerinnen deuteten Bowies Rede als scheußlichen »Akt der Rache«, der von einer »englischen Jüdin« ausgeheckt worden sei. Tatsächlich gibt es aber wenig Anhaltspunkte dafür, dass Bowie ausgeprägte anti-deutsche Ressentiments pflegte. Sie hatte lediglich den Auftritt der nationalsozialistischen Vorsitzenden des DAB 1934 in Budapest persönlich miterlebt und während des Krieges in London mit großem persönlichen Einsatz dafür gesorgt, dass die IFUW trotz enormer Kommunikations- und Finanzschwierigkeiten als Flüchtlingsnetzwerk für zwangsemigrierte jüdische Akademikerinnen aus Deutschland und dem von den Deutschen besetzten Europa funktionieren konnte. Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs hatte Bowie zudem eine wichtige Vermittlerrolle zugunsten der Deutschen eingenommen. Im Vorfeld der Verhandlungen über die Wiederaufnahme des DAB in die IFUW im Jahr 1951 war sie nach Deutschland gereist, hatte viele DAB-Ortsgruppen besucht und aufgrund ihrer Eindrücke nachdrücklich für die heftig umstrittene Wiederaufnahme Deutschlands in die IFUW plädiert. Auch hieran freilich erinnerte sich 1968 in Karlsruhe zumindest öffentlich niemand mehr.

Durch Bowies Rede sah sich der DAB-Vorstand unter Druck gesetzt, den »wirklichen Sachverhalt klarzustellen«. Ein eilig gebildetes hochrangiges Komitee, dem die Vorsitzende des DAB, Bundesverfassungsrichterin a. D. Erna Scheffler, die ehemalige Bundesgesundheitsministerin und Juristin Elisabeth Schwarzhaupt und die Freiburger Molekularbiolo-

- Akte. Magda Staudinger an Schlüter-Hermkes v. 27. August 1968, Nachlass Staudinger, Akte Zwischenfall Bowie, Privatbesitz Isolde Tröndle-Weintritt.
- 5 M. Henrici an Staudinger v. 4.10.1968, Nachlass Staudinger, Akte Zwischenfall Bowie. Allerdings waren die Reaktionen auf Bowies Rede nicht einhellig. Zwar brachte das IFUW Advisory Board seinen Unmut zum Ausdruck; eine Schweizer Teilnehmerin hingegen fand, dass die Aufregung der Deutschen zu gutem Teil auf sprachlichen Missverständnissen beruhe. Bowie sei »nämlich äußerst positiv zu Deutschland eingestellt, und sie ist doch extra früher gereist, um das Haus der Vorfahren ihres Mannes zu besichtigen.« Erna Flamben, Lausanne, an Staudinger v. 18.8.1968, ebd.
- 6 Bei der Ordnung ihres Nachlasses legte Magda Staudinger zu Beginn der 1990er Jahre der Akte, welche die Korrespondenz über den »Zwischenfall Bowie« enthielt, einen Zettel folgenden Wortlauts bei: »Dieser Zwischenfall war eine haßerfüllte Rede gegen Deutschland von einer englischen Jüdin Frau Bowie während des feierlichen Festaktes! Es war unbeschreiblich scheußlich!« Dies., Notiz o. D. (ca. 1990), Nachlass Staudinger, Akte Zwischenfall Bowie.
- 7 In einem »Who is Who« für die Tagung des IFUW-Councils in London 1953 hieß es über Bowie, die IFUW habe der Historikerin und späteren ersten Versicherungsmaklerin in England mehr als kaum jemandem sonst für ihr Überleben während der Kriegsjahre zu danken. »She has influenced innumerable people, she has antagonized some by her incisive criticism, she has also made and retained many friends who admire her sterling qualities and her zest for life. She is independent in her thinking and takes delight (occasionally an unholy delight!) in being provocative and in punctuning complacency.« Miss J. M. Bowie, B. A., Convener of the IFUW Legal and Economic Status of Women Committee, in: The University Women's Review, Mai 1951, Nr. 43, S. 17f. Siehe auch oben, Anm. 5.
 - 8 IFUW, Report of the Thirtyfirst Council Meeting, Oosterbeek (Holland) 1951, (International Federation of University Women Bulletin; 30), S. 8.

17



gin Magda Staudinger angehörten, setzte sich zum Ziel, das Ende des DAB im »Dritten Reich« historisch zu rekonstruieren, um eine Gegendarstellung zu Bowies »Behauptungen« im Newsletter der IFUW veröffentlichen zu können.⁹ In erster Linie wollte man den Ansehensverlust wiedergutmachen. Besonders Staudinger, die unter deutschen Kolleginnen »große Propaganda für den Besuch der Konferenz« in

Karlsruhe gemacht hatte, fühlte sich darüber hinaus verpflichtet, ihre jüngeren Kolleginnen im DAB über den wahren Sachverhalt aufzuklären, »damit das zarte Pflänzchen der internationalen Arbeit, das ohnehin in unserem stark provinziell gewordenen Land schwer gedeiht, nicht Schaden leidet«.10

Die historische Recherche scheint Staudinger darüber hinaus ein persönliches Anliegen gewesen zu sein. Sie selbst und ihr Ehemann, der Freiburger Ordinarius für Biologie Herrmann Staudinger, hatten 1933 offen gegen die Entlassung jüdischer Mitarbeiter protestiert und waren daraufhin unter erheblichen politischen Druck geraten. ¹¹ Die Möglichkeit, dass die im Bund von den Alten in Umlauf gesetzte Version, »der DAB habe sich selber aufgelöst, ohne die Gleichschaltung abzuwarten«, nicht zutreffen könne, fand sie »ganz unheimlich«. ¹²

Staudingers Nachforschungen legen Zeugnis davon ab, wie gründlich und vollständig das Wissen über die Ereignisse zu Beginn der nationalsozialistischen Diktatur am Ende der 1960er Jahre in Deutschland versackt war. Nicht nur von der Council-Sitzung in Budapest, sondern auch von einer nationalsozialistischen Vorsitzenden des DAB hatte keine derjenigen deutschen Akademikerinnen, mit denen sie nun korrespondierte, »je etwas gehört«. 13 Die prominenten Mitglieder der Weimarer Zeit waren inzwischen verstorben; Bemühungen, an verlässliche Informationen und alte Dokumente des Verbandes zu kommen, gestalteten sich schwierig. Die meisten Unterlagen schienen verschollen oder verbrannt. An den Nachlass der letzten Weimarer Vorsitzenden des DAB, Marie-Elisabeth Lüders, kam Staudinger noch nicht heran. Deren 1965 gemachte sarkastische Aufzeichnungen zum Ende des DAB in den 1930er Jahren hätten das Aufklärungskomitee vermutlich erst recht verwirrt. Lüders zufolge hatten nämlich die Nationalsozialistinnen »1933 die ganze Arbeit wieder zerschlagen mit der törichten Forderung an die IFUW, in ihren Satzungen den Arier-Paragraphen aufzunehmen. Mit selbstverständlichem Nein der IFUW war auch unsere Mitgliedschaft bei

⁹ Erna Scheffler an Prof. Steyn-Parvé v. 24.2.1969, Bundesarchiv (im Folgenden: Barch) Koblenz, N 1177, Nr. 77, o. P.

¹⁰ Staudinger an Dr. Henrici, Zürich, v. 30.8.1968, Nachlass Staudinger, Akte Zwischenfall Bowie.

¹¹ Isolde Tröndle-Weintritt, Dr. phil. Magda Staudinger, geb. 1902, in: Petra Heckert/dies. (Hg.), »Nun gehen Sie hin und heiraten Sie!«. Die Töchter der Alma mater im 20. Jahrhundert, Freiburg 1997, S. 78–94, hier S. 86f.

¹² Staudinger an Dr. Henrici, Zürich, v. 30.8.1968, Nachlass Staudinger, Akte Zwischenfall Bowie.

¹³ Maria Schlüter-Hermkes an Magda Staudinger v. 29.8.1968, Nachlass Staudinger, Akte Zwischenfall Bowie.

dieser erledigt.«¹⁴ Lüders Version über das Ende des DAB ging freilich mit dem historischen Verlauf der Ereignisse ebenfalls freizügig um. Sie bezog sich offensichtlich nicht allein auf die Budapester Auseinandersetzungen über Satzungsfragen, sondern auf einen Konflikt des DAB mit der IFUW, der sich nach der Budapester Konferenz zuspitzte und den Deutschen zu Beginn des Jahres 1936 schließlich Anlass war, ihren Austritt aus der IFUW zu erklären. Es ging um die Wissenschaftsförderung der IFUW, die sich seit 1934 darauf konzentrierte, vornehmlich jüdische Akademikerinnen zu unterstützen, die aus Deutschland emigrieren mussten. Dies sei, wie der Nachrichtendienst des Deutschen Frauenwerks 1936 meldete, für die Deutschen »untragbar« und zeige, dass die IFUW »als Organisation der alten Frauenbewegung Rasse und politische Einstellung als bedeutungslos« und »wissenschaftliche Leistung« als »alleingültigen Maßstab« ansehe. Man müsse sich in Deutschland eine solche Politik »jedoch umso weniger bieten lassen«, als man zur Förderung der internationalen Beziehungen »durchaus nicht allein auf die IFUW angewiesen ... [sei], sondern andere offene Türen ins Ausland« habe.¹⁵

Diese wie auch weitere in Bibliotheken zugänglichen öffentlichen Stellungnahmen des Deutschen Frauenwerks aus dem Frühjahr 1936 hätten Aufschluss über die Geschichte des DAB im Dritten Reich geben können, wurden aber für die Nachforschungen in Folge der Karlsruher Tagung nicht herangezogen. Magda Staudinger, welche die historische Rekonstruktion übernahm, hatte zunächst noch damit zu kämpfen, dass 1934 überhaupt eine Nationalsozialistin als Abgesandte des DAB nach Budapest gefahren sein könnte. Sie vermutete, eine »Nazi-Abgeordnete« müsse sich wohl fälschlich »als Mitglied« ausgegeben haben. 16 Erste verlässliche Informationen über das Treffen in Budapest gelangten schließlich nicht aus deutschen Bibliotheken und Archiven, sondern von britischen und Schweizer Mitgliedern der IFUW zu Staudinger. Aus Zürich bekam sie einen Auszug aus den veröffentlichten Memoiren der amerikanischen Mitbegründerin der IFUW, Virginia Crocheron Gildersleeve. Dieser enthielt eine ausführliche und anschauliche Schilderung der Budapester Sitzung; auch die Namen der beiden deutschen Delegierten, Anna Schönborn und Friederike Matthias, waren dort festgehalten.¹⁷ Aus London traf eine Mitschrift der Budapester Sitzung ein, wie auch eine kurze Geschichte der IFUW, die einen Abschnitt über die Gleichschaltung des DAB aus der Sicht des internationalen Verbandes enthielt.¹⁸ Wichtige Dokumente machte schließlich Elisabeth Schlüter-Hermkes, die ehemalige Mitarbeiterin der ersten Vorsitzenden des DAB, Agnes von Zahn-Harnack, aus deren spärlichem Nachlass zugänglich: einen leider nicht mehr erhaltenen Brief von Marie-Elisabeth Lüders vom 2. Mai 1933, das Protokoll der Gesamtvorstandssitzung das DAB vom 18. Mai 1933 und ein Rundschreiben des Deutschen Frauenwerks vom 9. Oktober 1934, das über die von Scholtz-Klink verfügte Amtseinsetzung

- 14 Marie-Elisabeth Lüders, Wie entstand der Deutsche Akademikerinnenbund? Manuskript v. 10.11.1965, Barch Koblenz, N 1151, Nr. 280, o. P.
- 15 Alles aus: Reichsbund Deutscher Akademikerinnen, o.D. (Frühjahr 1936), in: Nachrichtendienst der Reichsfrauenführung 5 (1936), S. 126.
- 16 Staudinger an M. Henrici, Zürich, v. 30.8.1968, Nachlass Staudinger, Akte Zwischenfall Bowie.
- 17 Virginia C. Gildersleeve, Many a Good Crusade, New York 1954, S. 150–152. Hinweise von Marguerite Henrici, Zürich, und Jeanne Chaton, Paris, an Staudinger v. 4.10.1969, Nachlass Staudinger, Akte Zwischenfall Bowie. Siehe auch Staudinger an Schlüter-Hermkes v. 27.8.1968: »Gildersleeve nennt den Namen der Deutschen: Dr. Matthias. Wer war das? Ich habe diesen Namen nie gehört.« Ebd.
- 18 Edith Batho, A Lamp of Friendship. The History of the IFUW, London 1968.



der nationalsozialistischen Vorsitzenden am 30. Mai 1934 Aufschluss gab. 19 Lückenlos »klarzukriegen« war die Frage der Gleichschaltung und Auflösung des DAB im Jahr 1935/6 auf der Basis dieses Materials zu Staudingers Missbehagen nicht. 20 Die Gleichschaltung des Bundes im Mai 1933, die Vorgänge in Budapest und die Eingliederung des DAB in das NS-Frauenwerk ließen sich anhand der nun vorliegenden Dokumente gleichwohl eindeutig nachvollziehen.

Das Ergebnis ihrer Nachforschungen hielt Staudinger 1969 in einem zweiseitigen chronologischen Abriss fest, dem sie die erwähnten Dokumente als Anlagen beifügte. ²¹ Bemerkenswert an ihrer Aufstellung ist, dass sie der entscheidenden Sitzung des DAB am 18. Mai 1933 trotz der vorliegenden Unterlagen keinerlei Gewicht beimaß. Diese Sitzung, bei der eine etwaige Selbstauflösung des DAB hätte stattfinden müssen, um der Gleichschaltung zuvorzukommen, kommentierte Staudinger beiläu-

fig mit der Bemerkung, es habe eine »Neuwahl des Vorstandes« stattgefunden. Dass der Gesamtvorstand sich auf jener Sitzung dezidiert gegen eine Selbstauflösung entschieden und statt dessen die Nationalsozialistinnen Friederike Matthias und Lea Thimm als Beisitzerinnen in den neuen vierköpfigen Vorstand gewählt hatte, unterschlug Staudinger. Weit wichtiger schien es ihr zu betonen, dass der DAB Ende Mai 1934 mit Friederike Matthias eine nationalsozialistische Vorsitzende bekam. Dieser Dramaturgie folgend hieß es in der Endfassung ihrer Rechtfertigungsschrift sehr allgemein und ohne Verweis auf den 18. Mai 1933, der DAB habe nach dem Machtantritt der Nationalsozialisten wie jede andere Organisation in Deutschland seine jüdischen Mitglieder ausschließen und seinen Vorstand »umbilden müssen«. Um dies zu bewerkstelligen, sei Matthias 1934 als kommissarische »Führerin« bestellt worden. Bereits vor deren Amtsantritt hätten sich jedoch die meisten Mitgliedsverbände aufgelöst; nachher sei die Mitgliederzahl weiter zusammengeschmolzen. In Budapest habe Matthias daher einen »an Zahl deutlich reduzierten und kaum mehr existenten« Bund vertreten.

- 19 Von diesen drei Dokumenten befindet sich leider nur das letzte im Nachlass Staudinger. Es handelt sich dabei um das Rundschreiben Nr. 45 des Deutschen Frauenwerks an die Ortsgruppen des DAB v. 9.10.1934. Der Kopf des Schreibens war abgeschnitten; im Besitz der Gruppe Karlsruhe fand sich eine weitere Kopie dieses Dokuments, wodurch die Datierung möglich war. Eine Ausführung des Protokolls der Gesamtvorstandssitzung befindet sich im Besitz der Gruppe Karlsruhe, die jedoch die Einsicht verweigert. Barbara Guttmann hat die Unterlagen jedoch einsehen können und ausführlich zitiert, vgl. Barbara Gutmann, Den weiblichen Einfluss geltend machen. Karlsruher Frauen in der Nachkriegszeit, 1945–1955, Karlsruhe 2000, S. 59.
- 20 Staudinger an Elisabeth von Schwarzkoppen v. 23.1.1969, Nachlass Staudinger, Akte Zwischenfall Bowie.
- 21 Erna Scheffler an Prof. Steyn-Parvé v. 24.2.1969, Barch Koblenz, N 1171, Nr. 77, o.P. Ihrem Brief war der Bericht als Anlage beigefügt.

Schriftliche Anhaltspunkte über Matthias' Versprechungen von Stipendiengeldern hatte Staudinger nirgends finden können. Sie riet daher, in der offiziellen Rechtfertigung des DAB »keine Hypothesen« über den »Wahrheitsgehalt« von Bowies Bemerkungen aufzustellen und schlicht darüber hinwegzugehen. Der Wortlaut der offiziellen Stellungnahme, auf den sich der Ausschuss schließlich einigte, machte stark, dass Matthias nur als kommissarische Vertreterin nach Budapest gekommen sei und mit dem »alten« Bund nichts mehr zu tun gehabt hätte. Der DAB habe sich vor seinem offiziellen Ende »in aller Stille« aufgelöst, manche Ortsgruppen hätten sich als »private circles« weiter getroffen, und wenig später habe der Bund auch formal aufgehört zu bestehen. Der Text betonte zusätzlich, man habe nirgends schriftliche Hinweise darauf gefunden, dass Matthias die weitere Mitgliedschaft des gleichgeschalteten DAB in der IFUW mit Stipendien habe erkaufen wollen.²² Besonderen Wert legte man auch auf den Umstand, dass der Council der IFUW den DAB mitnichten von der Mitgliedschaft ausgeschlossen habe. Hingegen habe die IFUW Matthias die besten Wünsche zur Reorganisation des Bundes mit auf den Weg gegeben. Und schließlich habe die IFUW Agnes von Zahn-Harnack 1934 die Einzelmitgliedschaft angeboten, eine Ehrung, mit der man Zahn-Harnack das Vertrauen aussprechen und die Verbindung zum »alten« DAB habe halten wollen. In Erinnerung an Mitglieder wie Agnes von Zahn-Harnack, Marie-Elisabeth Lüders und »vieler anderer«, die sich dem Druck der nationalsozialistischen Regierung nicht gebeugt hätten, baten die Ausschussmitglieder im Namen des DAB um die Veröffentlichung der Rechtfertigung im Newsletter der IFUW. Damit war die Geschichte jedoch nicht abgeschlossen.

Nachspiel

Die Recherchen des Vorstands halfen auf längere Sicht nicht, den Mythos über die Selbstauflösung des DAB im Jahr 1933 zu zerstören. Hierzu mag beigetragen haben, dass die deutsche Rechtfertigung zum »Zwischenfall Bowie« nie in ganzer Länge veröffentlicht wurde. Das Sekretariat der IFUW ließ den Aufklärungsausschuss des DAB nach Erhalt des Textes wissen, die Abschrift des Tonbands von Bowies Rede gebe keine Hinweise auf die Vorwürfe, welche die Deutschen richtig gestellt haben wollten.²³ Allenfalls sei man daher bereit, eine allgemein gefasste kurze »Fußnote« zu veröffentlichen, womit man die Angelegenheit als erledigt ansehen wolle.²⁴

Dass die Tonbandaufzeichnungen mit dem genauen Wortlaut von Bowies Rede verschwunden waren, schürte Unbill und Argwohn auf beiden Seiten. Ob jemand – und wenn ja, wer – das mitlaufende Tonband vor der Abschrift um die entsprechenden Teile gekürzt hatte, war jedoch nicht mehr herauszufinden.²⁵ Um die Chance einer ausführlichen Klarstellung gebracht, kürzte der Ausschuss seine Richtigstellung nun auf die Hälfte der ursprüng-

- 22 Comment on the History of the Dissolution of the DAB, o. D. (24.2.1969), Anlage zum Schreiben Erna Schefflers an Prof. Stey-Parvé v. 24.2.1969, Barch Koblenz, N 1177, Nr. 77, o. P. Dort heißt es: »Nowhere, neither in the German records nor in the minutes of the IFUW of the Budapest Council Meeting, nor in the delineation of the history of the IFUW is there any reference to the statement, made at Karlsruhe, that the representative of the DAB offered money for fellowships in order to make the IFUW retain the Aryanised DAB as its member.«
- 23 Scheffler an Anders v. 30.7.1969, Barch Koblenz, B 232/5, o. P.
- 24 Steyn-Parvé an Scheffler v. 6.6.1969, ebd.
- 25 Scheffler an Anders v. 30.7.1969, ebd.; Staudinger an Scheffler v. 17.5.1969, Nachlaß Staudinger, Akte Zwischenfall Bowie.



lichen Länge. In dieser Weise gestutzt, stellte der Text die historische Entlastung des DAB noch unverstellter in den Vordergrund.

Im Ergebnis hatte der Ausschuss damit die am 18. Mai 1933 von der Mehrheit seines einstigen Gesamtvorstandes geforderte und vollzogene Gleichschaltung abermals aus der Geschichte des Bundes herausgeschrieben. Dass sich die Erzählungen über die angebliche Selbstauflösung des DAB umso ungebrochener behaupten konnten, zeigt sich an vielfachen Äußerungen aus den 1970er und 1980er Jahren. Diesen zufolge hatte der DAB insgesamt nicht 1935, sondern bereits 1933 auf eigenen Beschluss hin aufgehört zu bestehen. So hieß es 1978 in einem Artikel der DAB-Vorsitzenden Dorothea Frandsen in den »Informationen für die Frau«, der DAB habe sich unter dem Vorsitz von Marie-Elisabeth Lüders nach der Machtergreifung selbst aufgelöst, »eine Tat, die nach dem Zweiten Welt-

krieg von besonderer Bedeutung wurde, als die Wiederaufnahme in die IFUW anstand«.²⁶ Die Zusammenkunft des IFUW Councils von 1951, auf die Frandsen in ihrem Artikel verwies, hatte im holländischen Oosterbeek stattgefunden. Ein Blick in die Protokolle jener Versammlung offenbart, wie sehr sich der Mythos der Selbstauflösung des DAB am Ende des 20. Jahrhunderts jenseits historischer Realitäten verfestigt hatte. Die offiziellen Mitschriften dokumentieren eine ungewöhnlich kontroverse wie politisch und emotional hoch aufgeladene Debatte darüber, ob man den wieder gegründeten DAB erneut und mit sofortiger Wirkung als Mitglied der IFUW zulassen solle. Namentlich die Vertreterin der israelischen Akademikerinnen, Sophia Berger Mohl,²⁷ meldete vehement Widerspruch an. Mohl, die wie Bowie 17 Jahre zuvor am Budapester Council-Treffen 1934 teilgenommen hatte, erklärte, das politische Klima in Westdeutschland gebe wenig Anlass zu der Hoffnung, dass die Deutschen innerlich Abstand vom Nationalsozialismus genommen hätten.²⁸ Im Andenken an die zahllosen Opfer der nationalsozialistischen Verbrechen und in Respekt vor den Leiden

- 26 Dorothea Frandsen, Seit einem halben Jahrhundert aktiv. Der Deutsche Akademikerinnenbund, in: Informationen für die Frau (1978) 1, S. 18–20.
- 27 Mohl war Amerikanerin, hatte an der University of Chicago studiert und war bis zu ihrer Auswanderung nach Palästina zu Beginn der 1930er Jahre in der Sozialarbeit tätig gewesen. Sie gehörte der zionistischen Bewegung an und bekleidete nach 1945 für lange Zeit das Amt der Vizepräsidentin der palästinensischen Federation. Vgl. The Palestine Association, in: AAUW-Journal 39 (1945) 1, S. 48.
- 28 Mohl bezog sich dabei auf den wachsenden Erfolg rechtsradikaler Parteien in der Bundesrepublik. So war die Sozialistische Reichspartei am 6. Mai 1951 in Niedersachsen als viertstärkste Fraktion mit 16 Abgeordneten in den Landtag eingezogen, ein Vorgang, der im Ausland aufmerksam und mit Besorgnis verfolgt wurde. Vgl. Norbert Frei, Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit, München 1997, S. 325.

der Überlebenden stimme sie daher gegen die Aufnahme der Deutschen.²⁹ Keine andere als Margaret Bowie fand auf diese Rede eine Kompromissformel, der sich nach längerer Diskussion schließlich auch die Israelin anschloss: Gerade weil man die Verbrechen der Deutschen nicht vergessen wolle, solle man den DAB wieder in die IFUW aufnehmen. Es sei der Auftrag der IFUW, internationale Freundschaft und Verständigung zu praktizieren, und nur als Mitglied könne man die deutschen Akademikerinnen in die internationale Friedensgemeinschaft integrieren und auf deren Ziele verpflichten. Auch stärke man dadurch liberale Tendenzen in Deutschland. Sie habe sich vor Ort davon überzeugt, dass der DAB demokratische Interessen vertrete, gerade was die Rechte von Frauen betreffe.³⁰ Aufgrund von Bowies Votum und weiterer persönlicher Appelle an die Vertreterin Israels gelang es schließlich, eine einstimmige Resolution für die Wiederaufnahme Deutschlands zu verabschieden. Wohl um zu verdeutlichen, wie gut die Spielregeln internationaler Verständigung in der IFUW funktionierten, hob der Bericht hervor, Mohl sei unter den ersten gewesen, die Elisabeth Lürssen gratulierten, als sie für die Bundesrepublik am Tisch des Councils Platz nahm.³¹

Katharina von Kuenssberg schrieb im Jahr 1968 über dieses Treffen, Elisabeth Lürssen habe in Oosterbeek als Vertreterin des DAB »sehr tapfer den Standpunkt vertreten, dass sich die deutschen Gruppen selbst aufgelöst haben«.³² Für Staudinger hingegen, die ebenfalls in Oosterbeek gewesen war, war die für die Deutschen hochnotpeinliche Verhandlung zu einer kitschigen Versöhnungsszene geronnen. »Nach einigen Rückfragen« an Lürssen, so schrieb Staudinger 1978 an Dorothea Frandsen, sei die Wiederaufnahme in die IFUW erfolgt, »wonach eine jüdische Kollegin auf Frau Dr. Lürssen zutrat, sie umarmte und küsste. Der Akt dieser Aufnahme war eine schlichte Wiederaufnahme, denn die IFUW hatte den DAB nie ausgeschlossen, sondern seine Selbstauflösung zur Kenntnis genommen und seine Mitgliedschaft einfach ruhen lassen.«³³

Vieles spricht dafür, dass sich die Vergangenheit des DAB für seine Mitglieder in dem Maße verschönte, in dem die Schrecken der nationalsozialistischen Vernichtungspolitik in der Bundesrepublik öffentlich breit diskutiert wurden. Nur so lässt sich erklären, dass auch in den zahlreichen Jubiläumsschriften, die in den 1980er Jahren zum 60-jährigen Bestehen des DAB und seiner Ortsgruppen erschienen, die Selbstauflösung des Bundes auf den Mai 1933 datiert und zum Ruhmesblatt gebildeter Anständigkeit stilisiert wurde. ³⁴ So hieß es in einer von der Frankfurter Gruppe veröffentlichten Geschichte des DAB aus dem Jahr 1989: »Als die Forderung der nationalsozialistischen Regierung, den so genannten Arier-Paragraphen in die Satzung aufzunehmen, laut wurde, beschloss der DAB einstimmig, sich aufzu-

- 29 IFUW, Report of the Thirtyfirst Council Meeting, Oosterbeek (Holland) 1951, S. 8.
- 30 Wörtlich heißt es im Protokoll: »It is because we do not forget that I think we should admit a German Federation. We are an organisation that believes in the promotion of friendship and understanding. If you keep people as outcasts for ever, how can you make them understand friendship and understanding? [...] We cannot condemn a whole people. Above all we should encourage those elements in that people who are willing to work for understanding and for a free democratic people.« Ebd.
- 31 Ebd., S. 9.
- 32 Kuenssberg an Staudinger v. 23.10.1968, Nachlass Staudinger, Akte Zwischenfall Bowie.
- 33 Magda Staudinger an Dorothea Frandsen v. 7.2.1978, Barch Koblenz, N 1177, Nr. 81, o. P.
- 34 Ähnliches hat Christine Eckelmann über die nachträgliche Stilisierung der Gleichschaltung des Deutschen Ärztinnenbundes beschrieben, vgl. Christine Eckelmann, Ärztinnen in der Weimarer Zeit und im Nationalsozialismus. Eine Untersuchung über den Bund Deutscher Ärztinnen, Wermelskirchen 1992, S. 46–47.



lösen. Die Jüdinnen enthielten sich der Stimme.«35

Es ist nicht ausgeschlossen, dass dieses Verfahren in der Frankfurter Gruppe 1933/34 selbst tatsächlich praktiziert worden war. Losgelöst vom lokalen Kontext und für den gesamten DAB in Anspruch genommen, avancierte die »Selbstauflösung der Orts-

gruppen« jedoch zur anlässlich des 60-jährigen Jubiläums aktualisierten Erzählung des gesamten Verbandes. So hieß es in der oft zitierten Geschichte des Deutschen Akademikerinnenbundes aus dem Jahr 1987 von Ella Barowski, der langjährigen Vorsitzenden der Berliner Ortsgruppe, die »Selbstauflösung des DAB« im Jahr 1933 sei ein Beispiel für die »Hellsichtigkeit und Standhaftigkeit« gewesen, »mit welcher der DAB der nationalsozialistischen Versuchung widerstanden hat«. ³6 Über Barowskis Text fand diese Version über das Ende des DAB im »Dritten Reich« Eingang in die neuere Forschungsliteratur. ³7

Fazit

24

Was folgt aus dieser Geschichte für die Bedeutung des 50-jährigen IFUW-Jubiläums, das 1968 in Karlsruhe begangen wurde? Jubiläen dienen in der Regel nicht dazu, Prozesse des kritischen Nachdenkens anzuregen. Dass das 50-jährige Jubiläum der IFUW dies tat, lag daran, dass die Festrednerin Margaret Bowie sich über diplomatische Konventionen hinwegsetzte und sich nicht scheute, die Deutschen mit der unrühmlichen Vergangenheit ihres Verbandes zu konfrontieren. Die durch Bowies Rede in Gang gesetzte historische Recherche förderte entscheidende Dokumente zutage, welche die Gleichschaltung des DAB während des Nationalsozialismus belegten und seine Selbstauflösung ins Reich der Mythen verwiesen. Sie setzte jedoch kein tieferes Umdenken über die Vergangenheit unter den Mitgliedern des DAB in Gang, im Gegenteil: Die Überschreibung der Gleichschaltung durch eine Selbstauflösung des DAB hatte für Akademikerinnen in den 1960er Jahren bereits so feste Formen angenommen, dass ihr auf längere Sicht auch die von Bowie ausgelöste Erschütterung nichts anhaben konnte.

^{35 40} Jahre Deutscher Akademikerinnenbund, Gruppe Frankfurt, 1949–1989, vervielfältigtes MS, o.D. (1989), S. 3.

³⁶ Ella Barowski, Sechzig Jahre Deutscher Akademikerinnenbund, in: Dorothea Frandsen/Ursula Huffmann/Annette Kuhn (Hg.), Frauen in Wissenschaft und Politik, Düsseldorf 1987, S. 15–22, hier S. 19f.

³⁷ Vgl. etwa Britta Lohschelder, »Die Knäbin mit dem Doktortitel«. Akademikerinnen in der Weimarer Republik, Paffenweiler 1994, S. 206, Anm. 341.